



Wil, 28. April 2010

### Interpellation Dario Sulzer, SP

eingereicht am 4. März 2010 – Wortlaut siehe Beilage

## „Ist das Stadtparlament verhandelbar?“

In seiner Interpellation vom 4. März 2010 stellt Dario Sulzer mit 30 Mitunterzeichneten fest, dass am öffentlichen Forum zur Gemeindevereinigung vom 27. Februar 2010 Einzelpersonen die Behörden aufforderten, die Weiterführung des Stadtparlaments nicht schon jetzt als gegeben zu betrachten. Zudem solle bei der eigentlichen Vereinigungsabstimmung separat über die Beibehaltung des Stadtparlaments befunden werden. Der Interpellant vertritt dazu die Auffassung, dass ein Parlament das politische Verfahren zwar verlangsamen mag, doch gewinne die Diskussion an Qualität und Tiefe. Der Parlamentsbetrieb garantiere Kontinuität und erlaube eine bessere Kontrolle der Tätigkeit der Exekutive. Im Rahmen der laufenden Diskussion über die Vereinigung mit der Nachbargemeinde Bronschhofen sei eine klare Stellungnahme des Wiler Stadtrats nötig.

### Beantwortung

#### 1. Erhalt des Stadtparlaments und des dreistufigen Organisationsmodells

Die Stadt Wil ist seit der Inkorporation der Schulgemeinde in die politische Gemeinde per 1. Januar 1985 als Einheitsgemeinde mit Stadtparlament organisiert. Die Gemeinde Bronschhofen ist demgegenüber als Gemeinde mit Bürgerversammlung ausgestaltet und seit 1. Januar 2009 ebenfalls als Einheitsgemeinde organisiert.

Die Bevölkerung hat mit der Grundsatzabstimmung vom 27. September 2009 den Behörden den Auftrag erteilt, die Detailabklärungen unter Einbezug möglichst grosser Bevölkerungskreise zu treffen. Dazu dienen die öffentlichen Foren. Die Foren sind ein Informations- und Meinungsaustausch-Gremium, das sich aus Vertretenden der betroffenen, organisierten Bevölkerungsgruppen und der weiteren Bevölkerung zusammensetzt. Darin werden periodisch die Ergebnisse aus den Teilprojekten dargestellt. Die Forumsteilnehmenden haben dabei die Möglichkeit, Ideen und Meinungen einzubringen und sich zu vorgesehenen Regelungen vernehmen zu lassen.

Einzelne Stimmen haben am öffentlichen Forum vom 27. Februar 2010 zur Gemeindevereinigung zum Ausdruck gebracht, dass zumindest über eine vereinigte Gemeinde ohne Parlament diskutiert werden müsse. Die Strategiekonferenz, welche die Gesamtverantwortung des Vereinigungsprojekts „gemeinsam voran“ trägt und der insgesamt 21 stimmberechtigte Mitglieder aus den Gemeinden Bronschhofen und Wil angehören, hat im Nachgang zum Forum vom 27. Februar 2010 anlässlich ihrer Zusammenkunft



vom 24. März 2010 unter anderem darüber beraten und mit deutlicher Mehrheit entschieden, die Organisationsform mit Parlament in den Vereinigungsbeschluss aufzunehmen.

Der Stadtrat hat sich bislang im Rahmen des Gemeindevereinigungsverfahrens, wie beispielsweise im Bericht und Antrag an das Stadtparlament vom 9. Februar 2009, in der Abstimmungsbroschüre, an den öffentlichen Veranstaltungen sowie in den Unterlagen für die öffentlichen Foren, stets für eine vereinigte Gemeinde mit Parlament ausgesprochen. Daran hält der Stadtrat fest.

### 2. Überwiegende Vorteile eines Parlaments im Vergleich mit einer Bürgerversammlung im Hinblick auf die Gemeindevereinigung mit Bronschhofen

Das st. gallische Gemeindegesetz gibt für Gemeinden die Modelle Bürgerversammlung und Parlament vor. Nach Auffassung des Stadtrats sowie der Mitglieder der Strategiekonferenz des Vereinigungsprojekts „gemeinsam voran“ ist in der vereinigten Gemeinde grundsätzlich auf die bestehende Organisationsform von Wil abzustellen. Die Strategiekonferenz hat die beiden Organisationsformen an ihrer Sitzung vom 24. März 2010 wie folgt verglichen:

<b>PARLAMENT</b>	
<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
Vertiefte Prüfung von Sachvorlagen	Verpolitisierung von Sachgeschäften
Repräsentation der politischen Kräfteverhältnisse	Verwaltungsaufwand
Politische Kontrolle	Längere Entscheidungswege
<b>BÜRGERVERSAMMLUNG</b>	
<b>Chancen</b>	<b>Risiken</b>
Direkteste aller Demokratien	Keine Repräsentation der politischen Kräfte
Lange Tradition	Grösse der Bürgerversammlung für eine Stadt mit 22'000 Einwohnenden
Parteiunabhängiges Gremium	Organisatorische Probleme
	Vermehrte Entscheide an der Urne
	Wenig qualifizierte Gestaltungsmöglichkeiten für Einwohnende

Auch wenn der Parlamentsbetrieb Nachteile mit sich bringt, ist der Stadtrat mit dem Interpellanten einig, dass die Vorteile überwiegen. Eine Bürgerversammlung ist zwar die direkteste aller Demokratien, vermag indes heutigen Ansprüchen einer Stadt weniger zu genügen.

### 3. Ergänzung der Abstimmungsfrage über die Gemeindevereinigung mit Zusatzfrage zur Organisationsform

Die Möglichkeit eines Variantenantrags nach Art. 36 Abs. 1 Bst. b des Gemeindegesetzes des Kantons St. Gallen (sGS 151.2; abgekürzt GG) besteht von Gesetzes wegen. Ein Variantenantrag bei der Abstimmungsfrage im Rahmen der Gemeindevereinigung zur Organisationsform ist somit rechtlich zulässig.



Seite 3

Die Strategiekonferenz hat an ihrer Sitzung vom 24. März 2010 eine Variantenabstimmung, mit und ohne Stadtparlament zusammen mit dem Vereinigungsbeschluss vorzulegen, deutlich abgelehnt. Dieser Entscheid wird damit begründet, dass die Gefahr besteht, dass beide Gemeinden einer Vereinigung zustimmen, unter Umständen die eine jedoch mit, die andere ohne Parlament. Es wird deshalb voraussichtlich keine Variantenabstimmung zur Organisationsform geben.

## Stadt Wil

Dr. iur. Bruno Gähwiler  
Stadtpräsident

Christoph Sigrist  
Stadtschreiber